

Die Sommerschule der ArGe findet vom 13. bis 16. August 2009 wieder in Erfurt statt.

Beginn ist am Donnerstag, 13.8., 13 Uhr, Ende am Sonntag, 16.8., 12 Uhr. • Die ArGe-Mitgliederversammlung ist für Freitag, 19 Uhr geplant. Thema: Entmilitarisierte Außenpolitik als realistische Alternative. Delegiertenbericht vom Parteitag.

Kurs Philosophie – Kulturwissenschaften. Die vergangenen beiden Kurse der Linken Schule knüpften an die unter dem Motto der Garantie von Sicherheit gegen deren vielfältigen Bedrohungen geführte öffentliche und wissenschaftliche Diskussion an, welche die Diffusion staatlicher Gewalt in das Gesellschaftsleben unter den Bedingungen der Etablierung einer nicht mehr nationalstaatlich organisierten Weltgesellschaft zum Gegenstand hat. In der Kritik dieser Diskussion wurde vornehmlich den darin ausgeführten Begründungskonstruktionen nachgegangen. Der Aufweis solcher Begründung ist für die Kritik der intendierten repressiven Praxis unabdingbar, es wurde aber auch deutlich, daß damit die Wirkungsbedingungen und -möglichkeiten solcher Praxis nicht allein schon hinreichend zu erfassen sind.

Auch wenn staatliche und gesellschaftliche Machtausübung sich in Institutionen materialisiert, dingliche Gestalten annimmt, werden ihr Bestand und ihre Wirkung nur in und durch Handeln realisiert. Dieses Handeln wiederum beschränkt sich dabei nicht auf das einschlägiger Organe, womöglich deren hierarchischer Spitzen. Staatliche und gesellschaftliche Machtausübung stellt sich vielmehr selbst als ein gesellschaftliches Geschehen dar: Machtbeziehungen werden etabliert durch spezifische Handlungsweisen von Machtübenden und Machtunterworfenen; ihre „eigentliche Verankerung ... ist außerhalb der Institutionen zu suchen, auch wenn sie in einer bestimmten Institution Gestalt annehmen“ (M. Foucault).

Eine Beschäftigung unter diesem Gesichtspunkt verweist auf die Arbeiten Michel Foucaults und führt – namentlich vor dem Hintergrund deutscher Geschichte – zurück auf die kantsche Kritik der praktischen Vernunft. Für die Vorbereitungsgruppe: Eva Detscher

Kurs Internationale Politik. Am 30.6.2009 hat das Bundesverfassungsgericht sein Urteil zur EU-Reform und zum Vertrag von Lissabon bekannt gegeben. In der Befassung verschiedener Klagen, darunter der von Peter Gauweiler und der Fraktion der Linken, hat das Verfassungsgericht eine einstimmige Entscheidung gefasst, deren Tenor sein Vizepräsident Andreas Voßkuhle wie folgt zusammenfasst: „Das Grundgesetz sagt Ja zu Lissabon, verlangt aber auf nationaler Ebene eine Stärkung der parlamentarischen Integrationsverantwortung.“ (Mannheimer Morgen, 1.7.2009)

Einzelstaatliche Souveränität, Europäische Integration, „Demokratiedefizit“, Legitimität staatlichen Handelns der EU und in der EU, zwischenstaatliche und gesellschaftliche Schranken nationaler Macht sind also Themenstichworte, mit denen sich der Kurs Internationale Politik in Fortsetzung der im letzten Jahr begonnenen Lektürediskussion und der Auseinandersetzung mit den Verfassungsurteilen befassen wird.

Im letzten Jahr hatte sich der Kurs als Einstieg in die Theorie der Internationalen Beziehungen mit dem Grundlagenteil des Standardwerks der sogenannten „Realistischen Schule“, Hans J. Morgenthau „Macht und Frieden“ beschäftigt. (s. dazu Ergebnisheft 2008). Daran anknüpfend sollen in diesem Jahr schwerpunktmäßig Texte von drei Autoren im Hinblick auf die Politik im und zum Fortgang des europäischen Unionsprozesses diskutiert werden:

Hans J. Morgenthau „Macht und Frieden“, Gütersloh 1963, Abschnitte Vff, „Schranken der nationalen Macht“

Karl Kaiser, „Transnationale Politik“, zu einer Theorie der multinationalen Politik, Politische Vierteljahrschrift, Sonderheft 1/1969

John Rawls, „Das Recht der Völker“, Berlin 2003 (Dazu: Urteil des Bundesverfassungsgerichts v.30.6.2009 zum Lissabon-Vertrag und Begleitgesetz)

Für die Vorbereitungsgruppe: Christoph Cornides

Kurs Wirtschaft. Thema: Mindesteinkommen. Der Kurs wird sich in folgende Themenbereiche gliedern:

1. *Theorien der Gerechtigkeit*. Mindesteinkommen / soziale Mindeststandards ergeben sich nicht direkt aus den ökonomischen Prozessen, sie müssen als politisches Ziel begründet werden. Wir beginnen unseren Kurs deswegen mit einem Blick auf die politische Theorie. Es werden Textauszüge der Autorinnen und Autoren Amartya Sen und Martha C. Nussbaum (Capability Ansatz), Michael Walzer (kommunitaristischer Ansatz) und von John Rawls (Gerechtigkeit als Fairness) vorbereitet.

2. *Garantiertes Mindesteinkommen als politisches Konzept*. Als nächstes wollen wir uns mit der der Entwicklung der Forderung nach einer Grundsicherung bzw. einem Grundeinkommen auseinandersetzen. Einen guten Übersicht dazu bietet der Aufsatz „Grundsicherung oder Grundeinkommen?“ „Kritische Anmerkungen zu der Diskussion innerhalb der Partei Die Linke, von Frank Firsching, Harald Weinberg, Michael Wendl, zugänglich über PB 04/2009, (download www.gnn-verlage.com).

Zur Vorbereitung werden Auszüge aus der dort angegebenen Literatur zusammengestellt.

3. *Mindestlohn und Tarifpolitik*. Im dritten Teil wird es darum gehen, die abzuschätzen was die politische Bewegung für einen Mindestlohn bzw. für Mindestlöhne für die gewerkschaftliche Tarifpolitik bedeutet.

4. *Lohnpolitik im EU-Raum. Sachstand und Ziele*. Vorbereitet werden Übersichten zur Lohnentwicklung im EU-Raum, insbesondere zur Entwicklung von Mindestlöhnen sowie Dokumente, zu den strategischen Absichten europäischer Gewerkschaften.

Für die Vorbereitungsgruppe: Martin Fochler, Rüdiger Lötzer

Anmeldeinformationen siehe Seite 8

Aus dem Kurs Kulturwissenschaften – Philosophie

Der Kurs Philosophie / Kulturwissenschaften hatte das Wortpaar "Sicherheit und Freiheit" als Thema. Mit einer Rede von Bundesministerin für Bildung und Forschung, Annette Schavan, anlässlich einer Konferenz " ... mit Sicherheit: für Freiheit - die gesellschaftlichen Dimensionen der Sicherheitsforschung" am 5. 11.2008 hatten wir gleich zu Beginn einen harten Brocken zur Rechtfertigung staatlicher Sicherheitsarchitektur zu bewältigen. An der Konferenz waren Vertreter von Technik-, Geistes- und Sozialwissenschaften vertreten. Schavans Prämisse: "Es geht um Sicherheitsmaßnahmen, die die Freiheit des einzelnen nicht zur Bedrohung des anderen werden lassen" durchzieht die gesamte Rede: zwischen Sicherheit und Freiheit wird ein abstrakt unvereinbarer Gegensatz behauptet, wenn auch in Worten das Gegenteil gesagt wird, Sicherheit wird wie eine technisch zu lösende Aufgabe, als öffentliches Gut und etablierter Zustand, als Staatsaufgabe und primäre Aufgabe jeder Politik beschrieben. Alles und nichts wird unter den Begriff Sicherheit gefasst: "Terrorismus und organisierte Kriminalität, Naturkatastrophen und technische Unfälle größeren Ausmaßes". Wer will schon gerne Opfer eines Kernkraftwerks-Unfalls werden? Dass diese Sorte Sicherheit aber eine ganz andere Baustelle ist, wird dabei verdunkelt wohl mit dem Ziel, staatliches Handeln in allen Bereichen gesellschaftlichen und privaten Lebens als sachlich unabdingbar, in Sicherheitsfragen nur durch mögliche Sicherheitstechniken begrenzt, zu rechtfertigen.

In der vergleichenden Behandlung zweier Texte von Thomas Hobbes und John Locke konnten verschiedene Begründungen und Modelle von Staatstheorien gefunden werden, wie sie ansatzweise in folgender Tabelle erfasst werden können:

Hobbes geht davon aus, "dass die Handlungen der Menschen vom Willen und der Wille von Hoffnung und

	Hobbes (Text von 1642)	Locke (Text von 1680)
Begründung für das staatliche Gewaltmonopol	Jeder gegen jeden Abtreten der Gewalt	Naturrecht Abtreten der Gewalt
Rolle des Staatsbürgers	Unterwerfung unter den Staat, der "Vertrag" gilt als geschlossen	Souverän ist der Bürger
Zeitliche Befristung des staatlichen Gewaltmonopols	Endgültig, auf ewig	Zeitlich begrenzt
Rechte des Individuums gegenüber dem Staat	Absolut keine Rechte gegenüber dem Staat	Rechte muss es geben bis hin zum Recht auf Umsturz

Furcht ausgeht, dergestalt, dass die Gesetz mit Willen verletzt werden, sooft sich ein größeres Gut oder ein kleineres Übel von ihrer Verletzung als von ihrer Beobachtung erwarten lässt." Überspitzt ist sein Menschenbild also das des Verbrechers, der nur dadurch am Verbrechen gehindert werden kann, als es sicherer für ihn wäre, "die Gewalt zu unterlassen statt anzuwenden". Locke sieht das Hauptziel eines freiwilligen Zusammenschlusses von Menschen in einem Staatswesen die "gegenseitige(n) Erhaltung ihres Lebens, ihrer Freiheiten und Güter, was ich ganz allgemein Eigentum nenne". Daher bedarf es der übergeordneten Gewalt, wobei Locke den Souverän

"Menschen" als Bürger begründet und er denkt sogleich die mögliche Beendigung eines Gesellschaftsvertrages mit: "Man kann nämlich niemals annehmen, es sei der Wille der Gesellschaft, dass die Legislative die Macht habe, das zu zerstören, was ein jeder mit seinem Eintritt in die Gesellschaft hatte sichern wollen und um dessentwillen sich das Volk den von ihm selbst eingesetzten Gesetzgebern unterworfen hatte. Wann immer deshalb die Gesetzgeber danach trachten, dem Volk sein Eigentum zu nehmen oder zu zerstören oder es als Sklaven in ihre willkürliche Gewalt zu bringen, versetzen sie sich dem Volk gegenüber in den Kriegszustand. Dadurch ist es jeden weiteren Gehorsams entbunden und der gemeinsamen Zuflucht überlassen, die Gott für alle Menschen gegen Macht und Gewalt vorgesehen hat."

Mit der Lektüre und Diskussion eines Textes von Wilhelm von Humboldt "Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen" (1792 verfasst), tauchten noch ganz andere Begründungen des Zweckes eines Staates auf: er solle z.B. Übel verhindern, Glück befördern, positiven Wohlstand erhalten. Dabei sieht Humboldt den Staat als Schaffer von Glückseligkeit automatisch verknüpft mit Entmündigung des Menschen. Im Laufe der Diskussion gab es unterschiedliche Auffassungen zur Bewertung des Humboldt'schen Textes: die einen empfanden ihn als eher bevormundend, weil Humboldt sich anmaße zu wissen, was der Mensch an sich wolle, und er sich stark als Volkserzieher gebärde, das Ich gegen die Kooperation postuliere, und mit seinen Äußerungen oft zitiert werde von Rechten und streng Konservativen ("Das Anspruchsdenken der Armen muss zurückgewiesen werden.") Andere empfanden viele der Äußerungen Humboldts als unterstützend für emanzipatorische Ansätze der Staatskritik ("Anordnungen des Staates aber führen immer, mehr oder minder, Zwang mit sich, und selbst, wenn dieses der Fall nicht ist, so gewöhnen sie den Menschen zu sehr, mehr fremde Belehrung, fremde Leitung, fremde Hülfe zu erwarten als selbst auf Auswege zu denken.").

Ein Text von Heiner Bielefeldt "Freiheit und Sicherheit im demokratischen Rechtsstaat" (von 2004) zeigte sehr ausführlich, dass die Grenze staatlichen Handelns im Bestehen auf dem Primat der Freiheit zu finden ist. Indem er die "Idee des Rechtsstaates" als "die strenge Bindung an hier und jetzt geltende Freiheitsrechte" in Erinnerung ruft, kommt er zu beachtenswerten Schlussfolgerungen: Er betrachtet Menschenrechte als Freiheitsrechte, die in der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" ausdrücklich zur weltweiten Norm erhoben worden sind und fordert Achtung, Schutz und Gewährleistung menschrechtlicher Freiheit. Mit der Einführung eines Verhältnismäßigkeitsprinzips ("Eingriffe in Freiheitsrechte (müssen) in vertretbarer Relation zu dem konkreten Sicherheitsgewinn stehen, den man sich ihnen verspricht") gibt er ein gutes Argument gegen Maßnahmen wie z.B. flächendeckende Video-Überwachungen. Bielefeldt fordert "Materiale Grenzen legitimer Rechtsbeschränkungen" gegen unersättliche Sicherheitsinteressen. Gegenkontrollen und Rechtswegeggarantie müssten ebenso institutionalisiert sein wie es absolut geschützte menschenrechtliche Kernbereiche geben müsse. Abschließend wurde der erste Teil eines Text von Michel Foucault ("Subjekt und Macht") gelesen, der in der Sommerschule wieder aufgegriffen werden soll.

Eva Detscher

Aus dem Kurs Wirtschaft – Thema „Soziale Stadt“

Das Thema „Soziale Stadt“ war bei der Sommerschule 2008 geplant worden unter dem Eindruck der 2007/2008 breit aufgeflamten „Prekariats“-Diskussion, auf der Suche nach Mitteln gegen die Fixierung prekärer Lebenslagen.

Letzten Sommer noch war die Erholung der Staatsfinanzen in Bund, Ländern und Gemeinden sichere Tatsache, eine Verbesserung der Situation der Sozialversicherungen zeichnete sich ab. Die Gewerkschaften setzten zur Korrektur der jahrelangen Reallohnsenkungen an. Bereits zur Jahreswende 2008 war all das Schnee von gestern. Weltweit sahen sich Regierungen vor der Aufgabe, das Bankwesen nicht etwa durch Gesetze und neue Kontrollregeln, sondern durch operative Eingriffe, Bürgschaften und Geldspritzen zu stabilisieren. Darüber noch hinaus geht es inzwischen um Staatsaktionen zur Lenkung von Konzerngeschäften.

Kann man in diesen Ereignissen eine Tendenz zur Verstaatlichung der Wirtschaft sehen, so können sie andererseits auch als Privatisierung des Staates verstanden werden, denn die öffentliche Hand gibt, was die Privaten fordern. Freilich mit dem erklärten Ziel, die stockende Kapitalverwertung in Schwung zu bringen, um höhere Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge zu haben und schließlich, mit einigem Glück, die Kredite zurückzuerhalten bzw. erworbene Anteile zu verkaufen. Dennoch bleibt unterm Strich übrig, dass in gigantischem Umfang Mittel der öffentlichen Haushalte in die private Wirtschaft fließen.

Nun kommt in einer Gesellschaft, deren Wirtschaft auf der Kapitalverwertung beruht, dem Staat neben seiner Ordnungsfunktion die Aufgabe der Bereitstellung öffentlicher Güter und Leistungen zu. Diese technische, sozialen und kulturellen Vorleistungen – von der Straße über das Gesundheitswesen hin zur Bildungseinrichtungen – sind beim heutigen Entwicklungsstand der Industriegesellschaften zur unentbehrlichen Grundlage jeder Art von gewerblicher Initiative und auch persönlicher Lebensplanung geworden. Die Strukturen dieses Angebots können Chancen eröffnen oder zunichte machen. Der Bedeutungszuwachs, den die staatlichen Instanzen aktuell auf einem ihnen sonst eher fremden Feld erfahren, geht, besonders bei Fortdauer oder Verschärfung der Krise, mit einer Einschränkung ihrer Ressourcen für die genuinen Staatsaufgaben Hand in Hand.

Vor diesen wild miteinander vermengten Notlagen, in denen sich die Frage vordrängt, was zur Stabilisierung des Status quo tunlich ist, scheint die Frage, wie die öffentliche Hand ihre Leistungen strukturiert nachrangig. Sie ist es aber nicht.

Der soziale Raum als Herrschaftsraum: Carl Schmitt

Die moderne leistende Verwaltung ist aus einer Struktur hervorgegangen, deren Hauptzweck die Durchsetzung einer öffentlichen Ordnung gewesen war und auch heute noch ist. Soziale Leistungen der öffentlichen Hand stellen sich in diesem Zusammenhang als Machtfrage dar. Die öffentliche Hand kann nach dieser Sicht nur „geben“, was sie zuvor „genommen“ hat. Der in Deutschland immer noch wirkungsmächtige Rechtswissenschaftler und Legitimierer der Naziherrschaft Carl Schmitt liefert dazu in einem kleinen Aufsatz unter dem Titel „Nehmen, teilen, weiden“ (Carl Schmitt „Nehmen/Teilen/Weiden“, in: Carl Schmitt, Verfassungsrechtliche Aufsätze aus den Jahren 1924-1954. Materialien zu einer Verfassungslehre,

Berlin 1958, S. 489-504.) eine Ableitung aus den dunklen Tiefen der europäischen Kulturgeschichte. Danach steht am Beginn der Staatsbildung die gewaltsame Landnahme, auf die eine Verteilung des Genommenen an die Einzelnen folgt, die es nutzen. Sie zahlen Abgaben an die fortdauernde politische Gewalt, die die einzelnen voneinander und als Gemeinschaft vor dem auswärtigen Feind schützt. Ökonomie und Politik sind in dieser Begrifflichkeit in der Tat des legalisierten, aber im Kern gewalttätigen „Nehmens“ miteinander verschränkt.

Die oben beschriebene aktuelle wirtschaftliche Situation ruft derzeit im gesellschaftlichen Feld wieder die Funktionsbestimmung autoritären „Nehmens“ (in Form des Rufs nach „mehr Staat“) hervor. Die ungestillten Bedürfnisse vieler Privatmenschen führen so zur neuerlichen Legitimation von öffentlicher Macht. Carl Schmitt, der seinen Aufsatz im Rahmen der sog. Sozialstaatsdiskussion der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts stellen durfte, beschließt seine Schrift mit dem pompösen Satz: „Nur ein Gott, der die Welt aus dem Nichts erschafft, kann geben, ohne zu nehmen, und auch er nur im Rahmen der von ihm aus diesem Nichts erschaffenen Welt.“

Schnitts Betrachtung enthält grundlegende Mängel. Sie nimmt nicht in Rücksicht, dass menschliche Gesellschaft sich bildet, weil und sobald die Produktivität menschlicher Arbeit der Natur einen Überschuss abringt. Produzenten können nichtproduzierenden Teilen der Gesellschaft immer schon etwas „geben“, ohne es vorher (einer anderen Person) genommen zu haben. Die Zusammenhalt komplexer Gesellschaften gründet sich gerade auf diese Fähigkeit zur Kooperation, die weitere Produktivitätssteigerungen durch Arbeitsteilung ermöglicht. Anders als Schmitt nahelegt ist es nicht die „nehmende“ und (ver)„teilende“ Gewalt, die eine moderne Gesellschaft konstituiert, sondern die durch welche Gewaltverhältnissen auch immer überdeckte oder pervertierte Kooperation. (Instruktiv ist dazu die Analytik von John Rawls, die das Kooperationsverhältnis als Ausgangspunkt menschlicher Gesellschaft freilegt.)

Die Auseinandersetzung mit der Idee vom „nehmenden“ und „verteilenden“ Staat ist nicht nur wegen der autoritären Auffassungen nötig, die sie hervorbringt. Die so begründete Ermächtigung des Staatswesens versperrt den Blick auf etwas gerade heute sehr wichtiges, die Einflussnahme der Empfänger von Leistungen der öffentlichen Hand auf deren Art und Umfang.

In der Welt Carl Schmitts ist die Definition des Sozialraumes, seine Struktur, seine Einrichtung Sache der politischen Gewalt. In dem von ihm aufgegriffenen Deutungsmuster „Nehmen, teilen, weiden“ kommt den Menschen, die sich im sozialen Raum aufhalten, die Rolle des Weidetieres zu. Die Welt stellt sich als Pferch dar. - Distinguierter redet die moderne Sozialwissenschaft da lieber vom „Behälterraum“. Befasst haben wir uns mit diesen Theorien und Handreichungen für die öffentliche Praxis anhand des 2005 im Verlag für Sozialwissenschaften erschienenen „Handbuch Sozialraum“, herausgegeben von den Sozialwissenschaftlern Fabian Kessl, Christian Reutlinger, Susanne Maurer und Oliver Frey.

Der relationale Raum

Die dort nach verschiedensten Gesichtspunkten und für zahlreiche Praxisfelder beschriebene Zusammenschau sozialer Beziehungen im Deutungsmuster eine „Sozial-

Fortsetzung auf Seite 6 ►

Köln bereitet das zweites Bürgerhaushaltsverfahren vor

Aus den Unterlagen eines Vortrags von Jörg Detjen, Köln, bei der Sommerschule

In Köln hat der erste Bürgerhaushalt stattgefunden. Die Beteiligung war enorm.

Über 11.000 Personen mit 5.000 Vorschlägen hatten sich im Oktober 2007 beteiligt.

Im Sommer 2008 erhielt die Stadt Köln für das Bürgerhaushaltsverfahren den zweiten Platz beim „UN Public Service Award“ der Vereinten Nationen.

Inzwischen werden jährlich 8 Mio. Euro jährlich für Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt umgesetzt.

Derzeit werden die ersten Vorbereitungen für das zweite Bürgerhaushaltsverfahren 2010 vorbereitet.

Die Vorgeschichte

1. In Köln haben die verschiedenen linken und sozialen Gruppen auf dem Sozialforum 2003 zum ersten Mal über den Bürgerhaushalt diskutiert. Es gab großes Interesse an einem solchem Prozess, wobei sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darüber einig waren, dass wir eine unmittelbare Beteiligung der Menschen erreichen wollen.

2. Porto Alegre war ein positives Beispiel. Versuche in kleinen Städten NRW durch die Bertelsmann-Stiftung waren die negativen Beispiele. Seit dieser Zeit arbeitete die PDS und später die Fraktion die Linke an dem Thema, brachte zahlreiche Anträge und Anfragen in den Rat ein.

3. Der Bürgerhaushalt ist eines der wichtigsten Politikfelder der nächsten 20 Jahre. Es schafft die Möglichkeit, kommunale Einflussmöglichkeiten von unten zu entwickeln. Es ist eine Chance, dass sich alle sozialen Schichten und alle sozialen Kräfte einer Stadt in die Debatte einmischen können.

4. Die Einführung des Bürgerhaushalts soll den Kernbereich der kommunalpolitischen Entscheidungen nicht nur offen legen, sondern den Menschen die direkte Teil-

nahme an dem Prozess ermöglichen. Faktisch wird damit auch die Arbeitsweise der Kommunalvertretungen demokratisiert: „Machtverzicht“.

Das Verfahren beginnt

5. Am 20.7.2004 beschloss der Rat der Stadt Köln das Bürgerhaushaltsverfahren. Als erstes wurde die Durchführung eines Symposiums beschlossen. Beschluss des Finanzausschusses: Bildung Lenkungsgruppe und Beirat Symposium der Stadt Köln am 7.9.2006 im Gürzenich u.a. mit der Bürgermeisterin aus Berlin-Lichtenberg, Christina Emmerich von der PDS.

6. Juni 2007: Fragebogen-Umfrage bei 12.000 repräsentativ ausgewählte Personen: 3.000 Personen antworten. Der erste Bürgerhaushalt wird auf drei Themengebiete begrenzt: Straßen, Wege (20% der Stimmen), Grünflächen (17% der Stimmen), Sport (10% der Stimmen)

7. 22. Oktober 2007: Auftaktveranstaltung und Präsentation der Internetplattform. Köln ist die erste Metropole, die einen Bürgerhaushalt durchführt.

Keine Selbstverwaltung, sondern unmittelbarer Dialog der Bürgerinnen und Bürger mit der Verwaltung! Die Verwaltung organisiert das Verfahren.

8. Vorher wird vereinbart: 3 x Sport – Straßen+Wege – Grünflächen 100 Vorschläge werden umgesetzt und im Haushalt als Block eingestellt. Jeder kann mitmachen, keine Beschränkungen: Direkt Internet : Anruf Call-Center : Brief an Stadt

9. Das Abstimmen im Internet beginnt. Jeder kann sich beteiligen, Vorschläge machen, Kommentare abgeben und votieren und Punkte vergeben. Die Verwaltung pflegt die Internetplattform, ermöglicht Verknüpfungen und ein Schlagwortverzeichnis.

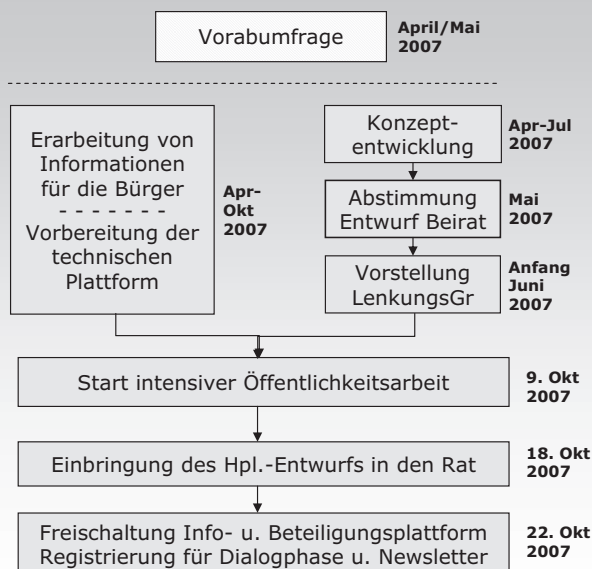
Ein erster Erfolg

10. In Köln waren es jetzt auf Anhieb über 11.744 Teilnehmende. Über 85% davon haben sich über das Internet eingebracht, davon die Hälfte erst in der letzten Woche. Insgesamt wurden die städtischen Internet-Seiten 843.476 Mal aufgerufen, 4.973 Vorschläge gemacht, 9.163 Kommentare und 52.746 Bewertungen abgegeben.

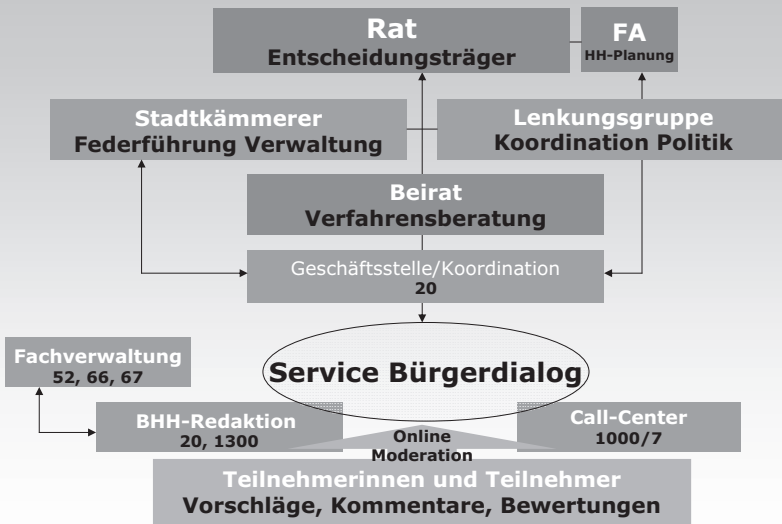
11. Die Anzahl der Vorschläge für die einzelnen Bereiche hat sich dabei in etwa an der Höhe der zur Verfügung stehenden Etats orientiert. 11 Prozent der Vorschläge wurden im Bereich Sport gemacht (26,4 Mio. Euro), 16 Prozent bezogen sich auf Kölns Grünflächen (67,5 Mio. Euro) und 63 Prozent auf den Bereich „Straßen, Wege, Plätze“ (265,7 Mio. Euro).

12. Wichtige Themen der politischen Opposition hatten viele Stimmen: – Keine Schließung von Schwimmbä-

Vorlauf zum 1. Kölner Bürgerhaushalt Abstimmungsprozesse



Bürgerhaushalt: Akteure und Gremien



Keine Selbstverwaltung, sondern unmittelbarer Dialog der Bürgerinnen und Bürger mit der Verwaltung!

dem, kein Bau des Godorfer Hafens.

13. Für den Kölner Bürgerhaushalt ist der Anfang gemacht. Er kann nicht mehr tot geredet werden und ist auch bundesweit beachtet worden. Das war die Gefahr, die man nicht ausschließen konnte, nachdem z.B. in Bonn der Bürgerhaushalt nicht so gut angelaufen war.

14. Kernthese war und ist: Möglichst alle Beteiligten müssen mitmachen, sonst wird der Prozess des Bürgerhaushaltes zerredet. Ihr könnt Euch vorstellen, dass CDU, FDP, aber auch Teile der SPD dem Prozess sehr kritisch gegenüberstanden. Vielleicht waren es auch die wechselnden Mehrheiten, die dazu beigetragen haben, dass niemand mehr den Bürgerhaushalt ablehnt. Sogar der CDU-Kämmerer muss mitziehen. Diese Strategie war richtig. Die Bürgerlichen müssen jetzt beim Bürgerhaushalt mitmachen.

15. Dabei ist jetzt schon klar, dass die Formen Internet, schriftliche und telefonische Vorschläge bei weitem nicht ausreichen – Schon jetzt ist erkennbar, dass verschiedene

Gruppen gleichberechtigt mit einbezogen werden müssen, z.B. die älteren Menschen, die gar kein Internet haben oder es nur schwer bedienen können. Für Migrantinnen und Migranten war der Zugang ebenfalls erschwert. Wie geht es weiter?

16. Im nächsten Bürgerhaushalt 2010 werden drei neue Bereiche des Haushaltes aufgenommen: Kultur : Bildung, Schule : Umweltschutz.

Im Jahre 2011 und 2012 werden auch jeweils drei neue Bereiche gevotet.

Im Jahre 2013 werden dann die Themen vom ersten Bürgerhaushalt neu aufgeworfen. Faktisch gibt es dann ein vierjähriges Rotationsverfahren.

17. Unabhängig werden alle Personen die Vorschläge gemacht haben von der Verwaltung über den Ausgang und das weitere Verfahren unterrichtet.

Über die Umsetzung der 300 beschlossenen Vorschläge wird laufend berichtet:

– Rechenschaftsbericht – Halbjahresbericht für Ausschüsse über die Umsetzung beschlossener Projekt wird im Internet veröffentlicht.

– In Zukunft soll auch im Internet über die Umsetzung aktuell berichtet werden.

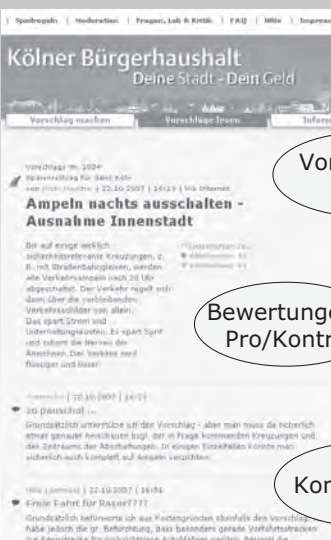
18. In Zukunft soll die Phase der Vorschläge und der Bewertung getrennt werden, damit alle Vorschläge die gleichen Bewertungschancen haben. Die die sehr umfangreiche Internetplattform wird überarbeitet und die Mittel dazu bereitgestellt.

In Köln waren es jetzt auf Anhieb über 11.744 Teilnehmende

Über 85% davon haben sich über das Internet eingebracht, davon die Hälfte erst in der letzten Woche.

Insgesamt wurden die städtischen Internet-Seiten 843.476 Mal aufgerufen, 4.973 Vorschläge gemacht, 9.163 Kommentare und 52.746 Bewertungen abgegeben.

Online-Plattform treibt Diskussionen an...



und verbessert die Kundenkommunikation

Krabbe1980 | 30.10.2007 | 14:18

• **Kreisverkehr?**
Und was kostet ein durchschnittlich großer Kreisverkehr?

Redaktion US | 30.10.2007 | 20:10

• **Kosten Kreisverkehr**
Hallo Krabbe 1980,
wir fragen für Sie bei der Fachverwaltung nach, was ein Kreisverkehr kostet.
Sobald uns die Antwort vorliegt, stellen wir sie hier ein.
Mit freundlichen Grüßen
Ihre Redaktion Bürgerhaushalt

Redaktion US | 30.10.2007 | 21:17

• **Kosten Kreisverkehr**
Laut Mitteilung der Fachverwaltung liegen die Kosten für einen durchschnittlichen Kreisverkehr zwischen 200.000 € und 250.000 €.
Mit freundlichen Grüßen
Ihre Redaktion

Dialog: Verwaltung/ Bürger

19. Zusätzliche Informationsveranstaltungen in allen neun Stadtbezirken sollen gemeinsam mit den Bezirksvertretungen stattfinden. Hierdurch sollen benachteiligte Gruppen (Menschen mit einfachem Bildungsstand, Migrantinnen und Migranten, Seniorinnen und Senioren) angesprochen und in das Bürgerhaushaltsverfahren einbezogen werden.

20. Die Linke muss vor Ort selber Veranstaltungen/Beratungen organisieren und Infos zum Bürgerhaushalt verteilen (Beispiel Köln-Ehrenfeld). Eigene Infoveranstaltung z.B. für Migrantinnen und Migranten können organisiert werden.

raums“ hat viele Vorteile. Die wissenschaftliche Entwicklung dieser Begrifflichkeit ist indessen alles andere als einfach. Nach Auffassung der Autorinnen und Autoren des Handbuchs ist eine dafür unter anderem eine Auseinandersetzung mit den philosophischen Raum-Konzeptionen von Thales von Milet in der Antike bis zu modernen Autoren wie Derrida erforderlich. Für uns als Leserinnen und Leser dieses Aufsatzes wurde immerhin klar, dass die Vorstellung vom Raum keineswegs schnurgerade aus der Analyse der materiellen Welt erfolgt, sondern eine mit der Zeit und dem kulturellem Zusammenhang sich immer wieder wandelnde Form zur Welterklärung ist. Eine Verbindung mit der Raum-Analytik Einsteins unternimmt Läßle in seinem „Essay über den Raum“:

Demnach haben sich in der naturwissenschaftlichen Diskussion zwei begriffliche Raum-Auffassungen herausgebildet, die man wie folgt einander gegenüberstellen kann:

a) „Raum“ als „Lagerungs-Qualität der Körperwelt“ und

b) „Raum als ‚Behälter‘ aller körperlichen Objekte.“ (1980, XV)

Im Falle a) ist „Raum“ ohne körperliche Objekte nicht denkbar. „Raum“ ist dabei nichts als eine Art relationale Ordnung körperlicher Objekte. Wenn der Begriff „Raum“ so definiert wird, hat es keinen Sinn, von „leerem Raum“ zu reden. Körperliche Objekte und „Raum“ bilden einen unauflösbaren Zusammenhang. Innerhalb dieses „Raumes“ sind „Orte“ jeweils durch die relationale Lage körperlicher Objekte gegeben. Anknüpfend an diesen Bestimmungen nenne ich diese Raumvorstellung „relationalen Ordnungsraum“.

Im Fall b) erscheint der „Raum“ als eine „gewissermaßen der Körperwelt übergeordnete Realität“ (a.a.O.); „Raum“ existiert unabhängig von materiellen Körpern, wodurch im Rahmen dieser Begriffsbildung die Vorstellung eines „leeren Raums“ möglich ist. Dieses Raumkonzept wird von Einstein am Beispiel einer Schachtel verdeutlicht, in der man einen bestimmten Inhalt, also z.B. so und so viele Reiskörner unterbringen kann. „Dieser Begriff ‚Raum‘ gewinnt so eine vom besonderen körperlichen Objekt losgelöste Bedeutung.“ (a.a.O.) Diese Raumvorstellung bezeichne ich nach Einstein, der allerdings das englische Wort „container“ gebrauchte, als „Behälter-Raum“-Konzept.

Um diesen beiden begrifflichen Konzeptionen den Anschein einer objektiven Naturgesetzlichkeit zu nehmen, betont Einstein: „Beide Raumbegriffe sind freie Schöpfungen der menschlichen Phantasie, Mittel ersonnen zum leichteren Verstehen unserer sinnlichen Erlebnisse.“ (a.a.O.) Und um den theoretischen Kontext und das mit diesen Raumbegriffen verbundene Erkenntnisinteresse zu verdeutlichen, fügt er noch hinzu: „Diese schematischen Betrachtungen betreffen die Natur des Raumes vom geometrischen bzw. kinematischen Standpunkte.“ (XVI)

In der Diskussion hat sich gezeigt, dass die Bestimmungen „Lagerungs-Qualität“ bzw. „Behälter“ wichtige Differenzen bei der Betrachtung des Sozialraums bieten. Das geht im großen an: Eine Stadt lässt sich vom erhabenen Standpunkt der politischer Macht und der Planungshoheit als ein Behälter auffassen, in dem Regeln gelten, die die öffentliche Gewalt als der „Herr des Gartens“ gesetzt hat. Die Menschen, die den so gedachten Raum bevölkern, kommen nicht als Subjekte in Betracht. Sie werden durch hohen Beschluss auf den vorgedachten Bahnen gehalten. So gesehen ist die Stadt eine Einrich-

tung, die „von oben“ gegeben ist.

Anders stellt sich die gleiche Stadt unter Gesichtspunkten der „Lagerungs-Qualität“ der Subjekte dar. Sie erscheint dann als Produktion der Bewegungen all jener Kräfte. Es gibt immer noch die politische Herrschaft, immer noch die wirtschaftlich Mächtigen, und die Subjekte müssen nicht alle auf gleiche Wirksamkeit hin idealisiert gedacht werden. Aber ihr Dasein hat Teil an der Produktion des sozialen Raumes.

In unserer Diskussion kamen wir zu dem Ergebnis, dass unter dem Gesichtspunkt der „Lagerungs-Qualität“ der Personen und Sachen zusammengestellte Raumvorstellungen ganz erhebliche Vorteile gegenüber einer Verortung von Menschen und Dingen in einem gegebenen Behälter haben.

Wesentlicher Vorteil ist, dass alle Menschen als Akteure begriffen werden. Angeblich „unumstößliche Sachzwänge“ werden so auf einmal verhandelbar. Auf diese Weise wird plötzlich die Frage ihrer Zustimmung von Bedeutung für das Gelingen eines Planungskonzeptes. Eine „Fußgängerzone“ ergibt sich eben nicht nur aus Architektur und Straßenverkehrsordnung. Wesentlich sind, so banal es klingt, die Fußgänger, deren Aktionen aus dieser Zone einen Sozialraum machen. Ohne sie ist diese Zone ein (leerer) Behälter.

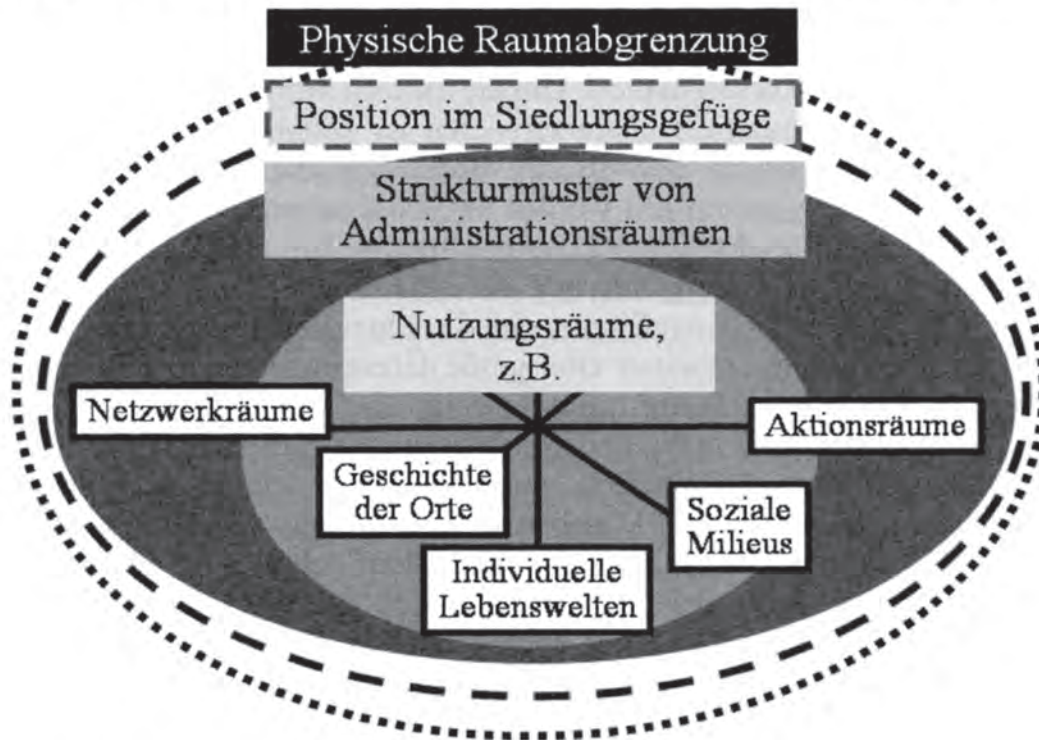
Beherrscher Raum und effektiver Raum

In der bereits oben erwähnten Diskussion über den Sozialstaat spielte der als katholischer Reaktionär angetretene, zum Nationalsozialismus übergelaufene und nach dem Krieg zur repräsentativen Demokratie hingewendete Staatsrechtslehrer Ernst Forsthoff eine wirkungsvolle Rolle. Ihm war bereits im Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs nach dem 1. Weltkrieg aufgefallen, dass der Mensch in der modernen Industriegesellschaft die Bedingungen seines Überlebens nur noch in schwindendem Maße als Eigentum hat. Besonders in der für diese Gesellschaft typischen Großstadt fehlt es auch begüterten Personen an der Möglichkeit, Wasser, Heizung, notdürftige Nahrung aus der Natur zu gewinnen. So wird besonders in Zeiten der Krise deutlich, wie sehr der von Privatleuten – selbst wenn sie begütert sind – beherrschte Raum geschrumpft ist. Parallel dazu stellt Forsthoff allerdings die ungeheure Ausdehnung des „effektiven“ Raums heraus, wie sie etwa durch Fernreisen für jedermann und dergleichen sichtbar wird. Die Gewährleistung des effektiven Lebensraumes ist vor allem Aufgabe der öffentlichen Hand. Sie bringt die Verwaltung in eine überwältigende Machtposition, durch die die Freiheit sozusagen an der Wurzel gekappt wird. Man könnte sagen, dass Forsthoff im Konzept des Behälter-Raumes hängen bleibt, er sieht die Welt als einen von oben her durchgeplanten Garten mit vorbestimmten Wegen.

Relationale Beziehungen

Die Untersuchungen vor allem Pierre Bourdieus weisen demgegenüber auf die Möglichkeit hin, die soziale Welt als Ergebnis von Akkumulationsprozessen zu verstehen. Unter diesem Gesichtspunkt werden die ökonomischen Dimensionen von Bildungsprozessen deutlicher. Sie brauchen Zeit. Das Individuum kann sie nur durchlaufen, wenn eine Struktur, eine Einrichtung dazu vorhanden ist. Der Bildungsprozess gelingt indessen nur durch eine Arbeit der Individuen „an sich selbst“. Im Sozialraum der Schule etwa hat man es eben nicht mit einem geplanten Behälter zu tun, den Jahrgang für Jahrgang die Schüler durchlaufen. Er ist eine Einrichtung, die sich

Abbildung: Methodische Tiefenschärfe der Sozialraumanalyse (Schichtenmodell)



Quelle: Riege/Schubert 2005

nur durch die Bereitschaft der Schüler zur Arbeit an sich selbst verstehen lässt. Fehlt diese oder wird sie zerstört, bricht die Schule zusammen.

Verbindungen

Ein weiterer Vorteil der Sozialraum-Konstruktion ist die Möglichkeit, die Phänomene der sozialen Wirklichkeit in diesen Raum einzubauen. So ist eine öffentliche Anlage durch die Flächenwidmung beschrieben. Naturfaktoren spielen eine Rolle. Aber was denken, und vor allem: was tun, wenn die Fläche verwahrlost?

Repräsentative Demokratie, Fachverwaltung, Selbstverwaltung

Die repräsentative Demokratie schafft den Objekten des vorgefundenen Sozialraums eine Chance zur Einflussnahme auf dessen Gestaltung. Aber die Repräsentanten der Bürgerinnen und Bürger können das Handeln der Verwaltung nur auf dem Weg über Gesetze steuern. Die Bürgerinnen und Bürger bleiben im so gestalteten Sozialraum Objekte nur mittelbar beeinflussbarer Regeln und Vorgaben.

Auf der Ebene der Gemeinden hat sich bereits parallel zur Entwicklung der repräsentativen Demokratie deren Unzulänglichkeiten herausgestellt. Es entwickelten sich Einrichtungen zur Selbstverwaltung. Mit diesem Einrichtungen wurde von der politischen Macht immerhin den Honoratioren der Gesellschaft zugestanden, dass ohne formulierte Anforderungen der aktiven Bürgerinnen und Bürger die Leistungen der Verwaltung nicht effektiv strukturiert werden könnten.

Die Einrichtungen der Selbstverwaltung stellen damit eine Verbindung her zwischen der öffentlichen Fachverwaltung und gesellschaftlichen Akteuren, die in der Beziehung zwischen den Organen des Ordnungsstaates und

den Bürgern nicht gegeben ist.

Die Grenzen der Honoratiorendemokratie und damit verbundene Probleme

Die Bedeutung der Angebote der leistenden Verwaltung für die Lebensführung der ganzen Bevölkerung bewirkt, verbunden mit der fortschreitenden Verkleinerung des „beherrschten“ Lebensraumes, eine Krise im Konzept der Selbstverwaltung. Sie kann nunmehr ihre Impulse nicht mehr aus einem Gremium erlesener Honoratioren beziehen. Ferner sprengt besonders in den großen Städten die Komplexität der Sozialraumbeziehungen die Vorstellungskraft bzw. den Erfahrungsraum der Einzelnen. In dieser Situation bilden einerseits die Stadträte Züge von Parlamenten aus, die Bekanntgaben der Verwaltung prüfen und (wenige) eigene Impulse setzen können. Andererseits kommt es zu Phänomenen der zivilen Initiative, von Bürgerinitiativen jeder Art.

Es zeigt sich nämlich, dass Personen, die den selben Sozialraum bevölkern, sich zusammenfinden können, um Kritiken und Vorschläge zur Handhabung der öffentlichen Angelegenheiten zu entwickeln. Der Aufwand, den sie dabei leisten müssen, ist beträchtlich. Er kann nur durch ein Entgegenkommen der Verwaltung in realistischen Grenzen gehalten werden.

Produktorientierter Haushalt, Bürgerhaushalt

Ein solches Entgegenkommen kann sich zum Beispiel in der Umstellung des Haushalts einer Kommune auf einen „produktorientierten Haushalt“, in dem die Kosten jedes einzelnen „Produktes“ dargestellt werden, das die Kommune ihren Bürgerinnen und Bürgern bereit stellt. Solche „Produktorientierungen“ für öffentliche Leistungen stellen eine Art Landkarte des Sozialraums dar, die es

den Individuen erleichtert, ihre Eindrücke und Erfahrungen zu verallgemeinern.

Ein solches Entgegenkommen stellen auch Ansätze zu Bürgerhaushalten dar, die, wenn die Diskussionsprozesse gut laufen, d.h. öffentlich und dokumentiert, Einzelnen und Gruppen von interessierten Bürgern ermöglichen, im Sozialraum nicht nur durch ihr Verhalten aktiv zu werden, sondern auch durch das politisch gemeinte Wort.

Beim Studium und der Diskussion mehrerer Aufsätze in dem Handbuch, unter anderem über „Bürgerschaftliches Engagement und Stadtteilpolitik“ sowie über „Stadterneuerungspolitik und Segregation“, wie auch der regelmäßigen Übersichten der Bundesregierung über Projekte im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ wurde dabei deutlich, dass solche Kombinationen und Kooperationen zwischen der öffentlichen Verwaltung und bürgerschaftlichen Initiativen der vielfältigsten Art inzwischen breitflächig stattfinden. Die öffentliche Verwaltung nutzt solche Kooperationen in vermutlich allen Bundesländern inzwischen seit mehreren Jahren als Instrumente zur Verbesserung ihrer eigenen Effektivität. Aber auch für linke, emanzipatorische Politik bietet sich hier ein vielfältiges Betätigungsfeld, um Ansprüche und Anforderungen an diese Verwaltungsbehörden wirkungsvoll zu formulieren und für ihre zügige Umsetzung einzutreten. *Martin Fochler, Rüdiger L.*

Ameldeinformationen

Wir tagen wie zuletzt in der **Jugendherberge Hochheimer Straße**, in der JH Klingenstraße übernachten wir. Beide liegen nur etwa drei Minuten Fußweg auseinander.

Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705.

Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 5 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen.

Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg.

Autofahrer nehmen die Abfahrt Erfurt-Zentrum, -Waltersleben, dann in Richtung Erfurt, in Erfurt Richtung Innenstadt fahren (bis Kreuzung Kaffeetrichter), dort links abbiegen, über die Schillerstraße (B 4 und B 7), in der Pfortchenstraße links abbiegen, nach ca. 400 m befindet sich die JH auf der linken Straßenseite (auf Ausschilderung JH achten).

Die Kosten für Übernachtung/Frühstück betragen 25,50 Euro pro Person.

Bettwäsche ist vorhanden, aber bitte Handtücher mitbringen.

Wir sind als Gruppe angemeldet. Um die benötigte Anzahl von Betten ggfs. korrigieren zu können, meldet euch bitte rechtzeitig und verbindlich **nur bei** hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch 030-39808805.